

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Tit. 537 14 (neu)! Antragsteller: CDU-Fraktion. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Einzelplans 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/730. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Entwurf des Einzelplans 10 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/731. Mit den Drucksachen 10/812 bis 815 liegen Ihnen vier Änderungsanträge zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Doppmeier von der Fraktion der CDU.

(Kramps (SPD): Der Großinquisitor!)

- (B) Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratung dieses Einzelplanes ist - ich sage das mit allem Bedacht - ein bedauerliches Kapitel der Haushaltsberatungen 1986. Ich verweise auf das Schreiben des Finanzministers und des Städtebauministers an den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses vom 5. März, heute, also am 6. März, zugestellt. Darin wird ein Antrag der Landesregierung auf eine weitere Ergänzung des Einzelplans 11 angekündigt. Voraufgegangen war der Verkauf der Wohnungen der Neuen Heimat an die Landesentwicklungsgesellschaft am 3. März.

Meine Damen und Herren, das zeigt wie viele andere Beispiele, daß der Einzelplan 11 des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, soweit es um den Städtebau- und Wohnungsbaubereich geht, voll in den Dienst des Kanzlerkandidaten Rau gestellt wird. Der Haushalt des Ministers Zöpel dient, wenn man ihn genau betrachtet, nicht dazu, die Arbeitslosigkeit im Baubereich abzubauen, sondern die Kürzungen im investiven Bereich dieses Einzelplans haben die gegenteilige Wirkung. Sie führen dazu, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich vermindert wird.

Der Einzelplan 11 hält dagegen Mittel für völlig überflüssige politische Spielwiesen des zuständigen Ministers vor. Hingewiesen sei auf die Vorlage 10/225. Da geht es um Zuwendungen für selbstorganisierte gemeindeverbands- oder vereinsgestützte Initiativen im Bereich freizeitpolitischer Maßnahmen, um den Übergang zwischen Arbeitswelt und Ruhestand zu erleichtern. Wir wissen, wie diese Modell-dinge einzuordnen sind. Zunächst fördert das Land mit 90 %; einige Jahre später bleiben die Kommunen darauf hängen. Der Ärger vor Ort ist vorprogrammiert, meine Damen und Herren.

Die Beratungen heute in der Sondersitzung des Städtebauausschusses haben ja gezeigt, daß ernsthafte Beratungen in wichtigen politischen Fragen in diesem Hause leider nicht mehr möglich sind. Die Abstimmungsmaschinerie der SPD walzt alles nieder, nicht nur die Anträge, sondern inzwischen auch schon die Diskussionsbeiträge selbst, meine Damen und Herren. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß der zuständige Minister sogar noch das Fragen unterbinden will, und zwar mit der Bemerkung, er lasse es nicht zu, daß eine Inquisition betrieben würde.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so etwas ist unerträglich. Wenn das der Stil der nächsten Jahre bis 1990 wird, dann wissen wir, was diesem Lande blüht. Das ist nichts anderes als die Arroganz der Macht, meine Damen und Herren, und wir werden das nicht zulassen!

(Zuruf des Abg. Mernizka (SPD))

- Sie können ja Zusatzfragen stellen; ich kann sie so akustisch nicht verstehen. - Der Einzelplan 11, meine Damen und Herren, enthält nicht nur diese überflüssigen Mittel; der Einzelplan 11 zeichnet sich ebenfalls nicht durch eine Kontinuität in der Ausgabenpolitik aus, sondern durch eine Diskontinuität im Bereich Städtebau und Wohnungswesen. Nicht Perspektiven sind sichtbar, sondern der Einzelplan 11 läßt in der Rückschau und im Vergleich mit den früheren Einzelplänen 11 der Haushaltsjahre 1985, 1984 und 1983 deutlich eine Perspektivlosigkeit erkennen, meine Damen und Herren. Deshalb muß man hier feststellen: Der Einzelplan 11 des Ministers Zöpel ist politisch unseriös, und ich füge hinzu: Er ist so unseriös wie das politische Handeln des Ministers selbst, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will das gern an einigen Zahlen deutlich machen. Noch im März vorigen Jahres kündig-

(Doppmeier (CDU))

- (A) te die Landesregierung an - und das war wenige Wochen vor der Wahl -, im mehrjährigen Wohnungsbauprogramm im Jahre 1985 21 120 Wohnungseinheiten zu fördern. Im Jahre 1986 sollten nach diesem Programm aber 22 570 Wohnungen gefördert werden. In dieser Zahl sind 4 270 Wohnungseinheiten aus den Bundesprogrammen enthalten. Das heißt, die Landesprogramme werden um 7 570 Wohnungen gekürzt; denn der Finanzminister hat ja bei der Einbringung des Haushaltes angekündigt, daß im Jahre 1986 nur noch 15 000 Wohnungen gefördert werden sollen. Das bedeutet eine Kürzung von rund 42 % beim Landesprogramm.

Das ist Ihr Beitrag, Herr Minister, zur Behebung der schwierigen Beschäftigungslage am Bau. Weil das so ist, müssen wir die Vermutung haben, daß dieses eine gezielte und gewollte Politik Ihres Hauses ist, daß Sie bis zum Wahltag nach dem Motto handeln: Eine hohe Arbeitslosigkeit verbessert die Wahlaussichten von Johannes Rau. Ich halte das für eine zynische und für eine unverantwortliche Politik. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden nicht müde werden, dieses immer wieder gerade den Bauarbeitern deutlich zu sagen.

Meine Damen und Herren, es ist schon skandalös, beobachten zu müssen, daß die Städtebauförderungspolitik in Nordrhein-Westfalen ebenfalls nicht den Geboten der Beschäftigungslage am Bau Rechnung trägt. Unser Begehren auf Erhöhung der Städtebauförderungsmittel, das durch unseren Antrag Drucksache 10/812 umgesetzt wird, wurde im Fachausschuß abgelehnt. Wir gehen davon aus, daß auch hier im Hohen Hause die Ablehnung gleich erfolgen wird.

(B)

(Wolf (SPD): Wegen Unseriosität!)

Wir sehen, im wichtigen investiven Bereich geschieht Wesentliches nicht, und wenn man das dann einmal mit den Aussagen des Ministers noch vor einem Jahr vergleicht, dann wird deutlich, daß die Politik des Ministers ausschließlich danach ausgerichtet ist, Schlagzeilen zu machen, nicht eine Politik konsequent zu Ende zu führen, sondern immer mit irgendwelchen neuen Dingen in die Presse zu kommen und nach dem Motto zu handeln: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dafür mal eine Kostprobe: In der Einführung des Haushaltes 1985 schreibt der Minister - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten - auf Seite 115 der

Vorlage 9/2054, was Sie alle nachlesen können: "Ziel des mehrjährigen Wohnungsbauprogramms ist Kontinuität in der Planung der Wohnraumversorgung". Etwas weiter heißt es: "Beitrag für die Verstetigung der Baunachfrage ist die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft". Dann heißt es weiter, es gehe darum, daß "die Planungssicherheit aller Beteiligten durch die mehrjährige Festlegung eines Programms verbessert wird." Herr Minister, Sie müssen sich fragen lassen: Wenn das noch vor einem Jahr galt, wenige Monate vor einer Wahl, warum stehen Sie heute nicht zu dieser Politik, warum glauben Sie, daß es politisch opportun ist, hier zu kürzen und so mit den Schicksalen nicht nur der Bauarbeiter, sondern auch der Familien zu spielen?

(C)

Ich füge noch eines hinzu: Die jüngsten Entscheidungen, die Sie getroffen haben, die die - ich sage das einmal so deutlich - regierungsamtliche Mehrheit in diesem Hause nachvollzieht, wobei ich davon ausgehe, daß Sie das vorher mit denen besprochen haben, da es sonst ganz schlimm wäre, diese Entscheidungen zugunsten des Ankaufs und Verkaufs der Wohnungen der Neuen Heimat bedeuten, daß dieses zu Lasten der Häuslebauer, zu Lasten der Bauwilligen mit dem schmalen Portemonnaie, zu Lasten der Leute geht, die den Bauantrag schon genehmigt bekommen, die Gebühren bezahlt, das Baugrundstück haben, die Finanzierung weitgehend stehen haben, wo nur noch die öffentlichen Mittel fehlen. Das ist Ihre unsoziale Politik, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall bei der CDU - Wolf (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Dieses trägt noch dazu bei, daß Sie den Kapazitätsabbau in unverantwortlicher Weise mit der Folge fördern, daß die fehlende Stabilisierung in diesem Bereich spätestens in wenigen Jahren dazu führen muß, daß der dann eingetretene Rückgang der Baukapazität wiederum zu erheblichen Preisschüben führen wird. Herr Minister, es ist geradezu zynisch, in einer Zeit, wo die Baupreise aus der Sicht des Bauwilligen günstig sind, die Beschäftigungslage aus der Sicht der Bauarbeiter schwierig ist, hier nicht zusätzlich etwas zu tun, sondern in starkem Maße zu kürzen.

(Hunger (SPD): Reden Sie über Herrn Schneider oder über wen?)

Meine Damen und Herren, wir haben durch die 18 Anträge im zuständigen Fachausschuß deutlich gemacht, wo wir erhebliche Kürzungsmöglichkeiten sehen. Wir stellen heute nur einen Erhöhungsantrag bei den Verpflichtungsermächtigungen zugunsten des Stadter-

(Doppmeier (CDU))

- (A) neuerungsprogrammes des Landes, und wir hoffen, daß Sie einmal über Ihren Schatten springen und das unterstützen, was auch Sie selbst, so hoffe ich, sachlich für geboten halten. Wir verzichten darauf, die Vielzahl von Anträgen zu stellen, weil wir ganz genau wissen, daß Sie in diesem Fall ohnehin alles niederstimmen. Es ist geradezu entwürdigend - da kann ich der F.D.P. nur zustimmen -: Was soll es, wenn wir hier alles noch einmal wiederholen, was wir in den Fachausschüssen schon getan haben?

(Wolf (SPD): Sie bringen auch wieder keine Deckung!)

Herr Minister, ich habe die herzliche Bitte: Tragen Sie durch Ihre Politik - ich füge hinzu: durch Ihr ganz persönliches Verhalten - in den Beratungen der zuständigen Fachausschüsse dazu bei,

(Schumacher (Remscheid) (SPD): Das müssen Sie gerade sagen!)

daß hier mehr Transparenz geschaffen wird, Entscheidungen und vertrauensbildende Informationen rechtzeitig mitgeteilt und dieses unwürdige Spiel, das Sie mit unserem zuständigen Ausschuß am Mittwoch letzter Woche und auch heute getrieben haben, beendet wird. So kann eine vernünftige Politik hier im Hause nicht verantwortet werden.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Herr Abg. Schultz von der Fraktion der SPD.

Schultz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Doppmeier, Sie haben eben die heutige Ausschußsitzung angesprochen. Ich will dazu nur eines sagen: Wir werden nicht mehr einfach zusehen, wenn Sie von Mal zu Mal in immer stärkerem Maße Ausschußsitzungen dieses Parlaments mißbrauchen, regelrecht mißbrauchen!

(Beifall bei der SPD)

Das machen wir nicht mehr mit. Das müssen Sie von heute an wissen. Halten Sie sich also an parlamentarische Gepflogenheiten, und dann werden wir das genauso tun.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, im Bereich des Städtebaus und des Wohnungswesens hat es schon im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen heftige Auseinandersetzungen gegeben. Ich

erinnere an die Vorwürfe von CDU und F.D.P., die Landesregierung wolle das Sonderprogramm des Bundes zur Städtebauförderung nicht anständig umsetzen. Von Verzögerungen, Verhinderungen, ja - wie auch heute wieder -, von der Lust des Ministerpräsidenten an der Arbeitslosigkeit ist da die Rede gewesen. Inzwischen wissen die Menschen in diesem Lande, daß diese Vorwürfe schwachsinnig waren und sind

(Zurufe von der CDU)

- schwachsinnig, genau das! - und daß die Landesregierung alles nur Erdenkliche getan hat, die nicht immer ganz unproblematischen Vorgaben des Sonderprogramms so umzusetzen, daß Konsens mit den Gemeinden, Konsens mit der städtebaulichen Wirklichkeit und auch Konsens mit unserem eigenen nordrhein-westfälischen Konzept der Stadterneuerung hergestellt werden konnte.

Die Politik der behutsamen Stadterneuerung ist bundesweit anerkannt und war bisher auch innerhalb der politischen Gruppierungen unumstritten. Jetzt allerdings ist es der CDU und der F.D.P. hier im Landtag vorbehalten geblieben, die bisher bestehenden Gemeinsamkeiten aufzukündigen. Die F.D.P. möchte auf eine eigene Rolle des Landes ganz verzichten und Gießkännchenförderung über das Land ausschütten. Die CDU beklagt die angebliche Konzeptionslosigkeit der Regierung, ist aber gleichwohl - wie wir gehört haben - daran interessiert, derselben Regierung für die beklagte Konzeptionslosigkeit mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Mehr Geld! Meine Damen und Herren, welche Zauberformel aus dem Mund der Opposition, einer Opposition, die in Bonn keine Gelegenheit ausläßt, die Kassen des Landes Nordrhein-Westfalen zu plündern, um sich dann hier hinzustellen und zu rufen: Haltet den Dieb!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Mit Glaubwürdigkeit hat das nichts, gar nichts zu tun. Das ist nur eine Verkleisterung der Tatsache, daß Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wirklich keine Alternative haben.

(Weiss (CDU): Na, so etwas!)

Wir Sozialdemokraten setzen in der Stadterneuerungspolitik auf die Kontinuität unserer Bemühungen, die Städte in unserem Lande wieder menschenfreundlicher zu gestalten. Wir setzen auf die soziale Bedeutung der Stadterneuerung, die es der angestammten Bevölkerung ermöglicht, in den Städten mehr

(C)

(D)

(Schultz (SPD))

- (A) Lebensqualität, mehr Wohnqualität, mehr Freizeitqualität und mehr ökologisch orientierte Qualität zu erleben. Wir setzen darauf, daß aus diesen Qualitätsverbesserungen die Sicherung von Standortvorteilen erwächst, die unser Land im Mosaik der europäischen Wirtschaftsregionen besitzt und auch für die Zukunft ausbauen muß. Dazu brauchen wir keine Crash-Programme und keine Schaumschlägereien, sondern Stetigkeit in der Konzeption und Verlässlichkeit in der Finanzierung von Stadterneuerungsmaßnahmen. Wir wissen, daß es sehr viel mehr Wünsche gibt, als wir in einem Jahr oder auch in zwei Jahren erfüllen können. Deshalb ist es erforderlich, daß wir das erreichte Niveau der Städtebauförderung auch für die Zukunft sichern, und zwar langfristig.

Leider, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung das Gegenteil getan. Für die Jahre 1986 und 1987 soll dieses Sonderprogramm laufen, und für 1988 und die folgenden Jahre soll nichts mehr kommen. Die Städtebauförderung soll dann ersatzlos wegfallen.

(Hunger (SPD): Dann sind die Wahlen vorbei!)

Wenn dies wirklich so käme - dazwischen liegen ja Gott sei Dank noch die Bundestagswahlen -, dann wäre dies auch ein Tritt für die Bauwirtschaft, die ebenfalls kein Interesse an Strohfeuern à la Oscar Schneider haben kann. Wir haben ja schon bei anderen Gelegenheiten gesehen, daß Herr Schneider vorwiegend Strohfeuer produzieren kann.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Das Land Nordrhein-Westfalen tut in diesem schweren Haushaltsjahr mehr für die Stadterneuerung, für die Modernisierung, für den Ankauf brachliegender Industriegrundstücke und für die Freizeitpolitik als jedes andere Bundesland, und zwar nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch auf die Bevölkerung bezogen. Die Bereitstellungen von Städtebaumitteln betragen zwischen 1980 und 1984 allein 3,5 Milliarden DM. Das Land hat damit die Stadterneuerung stärker gefördert als Bund und alle übrigen Bundesländer zusammen.

Vom Bund wird für die Stadterneuerung in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1986 bis 1990 weniger ausgegeben werden, als wir für dieselben Aufgaben in dem Zeitraum von 1981 bis 1985 erhalten haben. Im Klartext also: Was Oscar Schneider uns als Sonderprogramm des Bundes so lautstark verkündet hat, wird er uns in Zukunft an anderer Stelle wieder wegnehmen. Ich wiederhole: Unter dem Strich

bleibt an Bundeshilfe für die Stadterneuerung in Nordrhein-Westfalen weniger. Herr Kollege Doppmeier, das ist in Wirklichkeit der Beitrag der CDU zur Bauwirtschaft!

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Im Bereich des Wohnungsbaues und der Wohnungsbauförderung sieht es nicht anders aus. Die Summe der Wohnungsbauförderungsmittel des Bundes betrug 1983 etwa 3,9 Milliarden DM. 1984 waren es nur noch 1,4 Milliarden DM, und 1985 waren es ebenfalls nur noch 1,4 Milliarden DM.

Nach dem Strohfeuer von 1983 also die ernüchternde Erkenntnis, daß kurzfristige Programme sich eben nicht dauerhaft positiv auf die Bauwirtschaft auswirken. Wir sehen ja das Ergebnis: Noch nie sind so viele Pleiten in diesem Lande passiert wie jetzt, noch nie sind davon so viele Baufirmen betroffen gewesen - und das trotz des Strohfeuers von Oscar Schneider.

1982 hat die CDU in Bonn gemeinsam mit der F.D.P. das Mietrecht mit dem erklärten Ziel geändert, die Mieten erhöhen zu können, damit dann mehr gebaut würde. Die Mieten sind daraufhin zwar schneller geklettert als die Einkommen und als alle anderen Kosten auch, aber der Wohnungsbau ist bundesweit dennoch abgesackt.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(D)

Schultz (SPD): Nein! - Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind in einer besseren Lage als die Opposition. Zwar müssen auch wir unseren Mitteleinsatz verringern, und niemand kann von uns verlangen, daß wir einfach das ausgleichen, was der Bund uns wegnimmt. Aber es gelten doch nach wie vor für uns die wohnungspolitischen Schwerpunkte, die wir schon 1981 sehr deutlich formuliert haben: erstens die Erhaltung des preiswerten und sozial gebundenen Wohnraums, zweitens die Sicherung tragbarer Mieten und drittens eine bedarfsgerechte Neubauförderung.

Was wir mit der Formulierung "Erhaltung des sozial gebundenen Wohnraums" meinen, meine Damen und Herren, das hat die Landesregierung erst vor wenigen Tagen noch einmal deutlich unterstrichen, als sie den Verkauf von Wohnungen der Neuen Heimat so beeinflusst hat, daß die Mieter geschützt, die sozialen Bindungen langfristig gesichert und das Bemühen aller Beteiligten um eine sozial verträgliche Lösung erkennbar wurden.

(Beifall bei der SPD)

(Schultz (SPD))

- (A) Diese Wohnungen, über die hier von CDU und F.D.P. soviel Rabulistik verbreitet wird, meine Damen und Herren, sind möglicherweise vor einer Spekulation großen Ausmaßes bewahrt worden, und dafür hat die Landesregierung die volle Unterstützung der Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Und ich sage ausdrücklich: Mitgewirkt an dieser guten Lösung haben auch die Eigentümer der Neuen Heimat und auch die WestLB als Kreditgeber. Entgegen der Darstellung von F.D.P. und CDU in der Presse ist diese Lösung zustande gekommen, ohne den Landeshaushalt mit einer einzigen Mark zusätzlich zu belasten. Daß es Ihnen nicht um die Sicherung der Mietrechte ging, daß es Ihnen nicht um die Sicherung des sozialen Wohnraums geht, meine Damen und Herren von der Opposition, haben wir heute in der Ausschusssitzung wieder gemerkt, als Sie allein die Einbringung eines Haushaltsvermerks - nicht eines Haushaltstitels - schlankweg abgelehnt haben. Ihnen geht es nicht um die Sicherung der Mieter und des sozial gebundenen Wohnraums. Darum geht es Ihnen nicht, sonst würden Sie nicht hier und in der Öffentlichkeit eine solche Rabulistik betreiben, wie Sie es tun.

(Zurufe von der CDU)

- (B) Was bedeutet denn nun der zweite Schwerpunkt, den ich die "Sicherung tragbarer Mieten" genannt habe? - Das Instrumentarium steht im Haushalt; es heißt Streckungsförderung, es heißt Verzicht auf Zinsen bei den Aufwendungsdarlehen, und es heißt vor allem Härteausgleich. Auch nach der Wahl halten wir die bis zum 30.06.1987 gegebene Zusage, daß keine Sozialwohnung im Lande Nordrhein-Westfalen für berechnigte Mieter mehr als 7 DM brutto Kaltmiete kosten darf.

Die F.D.P. hat nun einen Antrag eingebracht - hören Sie gut zu -, im Härteausgleich 90 Millionen DM abzusetzen. Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Antrag annehmen würden, würde dies die sofortige und drastische Erhöhung von Sozialmieten gerade der am wenigsten verdienenden Personengruppen bedeuten.

(Zuruf von der SPD: Die sind denen doch egal!)

Meine Damen und Herren, Graf Lambsdorff hat den deutschen Arbeitern mehr Arbeit abverlangt.

(Zuruf von der SPD: Verordnet!)

Herr Bangemann hat geringere Löhne und Leichtlohngruppen für die Arbeiter gefordert. Herr Haussmann hat für die Reichen niedrigere Steuern und Herr Rohde jetzt für die Armen höhere Mieten gefordert.

(C)

(Zurufe von der SPD)

Das ist das häßliche Gesicht des rücksichtslosen Wirtschaftsliberalismus,

(Zustimmung bei der SPD)

und daß wir einen entsprechenden Antrag, einen Mieterhöhungsantrag, ablehnen, bedarf keiner weiteren Betonung.

Ich füge hinzu: Zum Härteausgleich gibt es auch über 1987 hinaus keine erkennbare Alternative. Darüber werden wir dann in der Haushaltsplanberatung im nächsten Jahr zu reden haben. Wir Sozialdemokraten werden die Interessen der Mieter in diesem Lande gegen jede reaktionäre Politik schützen.

(Beifall bei der SPD)

Als dritten Schwerpunkt habe ich den bedarfsgerechten Neubau genannt. Nun kann man sich lang und breit darüber streiten, was als Bedarf gelten kann oder muß. Wir wissen, daß für das Neubauprogramm ebenfalls mehr Wünsche vorliegen, als wir in einem einzigen Haushaltsjahr erfüllen können. Aber zunächst einmal bleibt festzuhalten, daß wir auch im Jahre 1986, und zwar ohne Einsatz von Haushaltsmitteln, noch Neubauförderung betreiben können. Hierbei kommt uns die hohe Neubauförderung vergangener Jahrzehnte zugute, die bei der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes zu Zins- und Tilgungsrückflüssen führt, die ihrerseits wiederum für die Zwecke des sozialen Wohnungsbaus verwendet werden müssen.

(D)

Unvergessen ist uns dabei der Vorschlag der CDU vom vergangenen Jahr, das Wohnungsbauvermögen der WFA für andere Zwecke zu verfrühstücken. Wären wir dem Vorschlag der Opposition, dem Vorschlag von Herrn Dr. Worms damals, gefolgt, dann wäre jetzt spätestens das Ende aller Neubauförderung gekommen. Herr Kollege Doppmeier, an diesen abstrusen Vorschlag Ihrer Fraktion sollten Sie immer denken, wenn Sie so tun, als läge Ihnen die Bauwirtschaft so besonders am Herzen.

(Zuruf von Abg. Dr. Pohl (CDU))

Weil wir Ihrem Vorschlag aber nicht gefolgt sind, Herr Kollege Pohl, können wir heute noch über Neubauförderung reden, und zwar

(Schultz (SPD))

- (A) in einer Größenordnung von etwa 12 000 bis 15 000 Wohneinheiten.

(Zurufe von der CDU)

Das ist weniger als in den vergangenen Jahren, das ist auch weniger, als wir eigentlich zum Ausgleich der wegfallenden Sozialwohnungen brauchten. Aber wir müssen - das habe ich vorhin schon einmal gesagt - vorrangig die bereits bestehenden Sozialwohnungen sichern und die Mieten im Griff behalten.

Wie immer, wenn die Verteilungsmasse geringer wird, muß die Verteilung besonders sorgfältig vorgenommen werden. Wir fordern die Landesregierung auf, das Neubauprogramm so zu gestalten, daß es zwischen Eigentumsförderung und Mietwohnungsförderung zu einer Verteilung kommt, die auf sozialer Dringlichkeit basiert: Es können Eigentumsmaßnahmen sozial dringlich sein, insbesondere für kinderreiche Familien oder auch für Gruppenbaumaßnahmen, es können aber auch Altenwohnungen und Wohnheime, Behindertenwohnungen, Um- oder Ausbaumaßnahmen sozial dringlich sein.

Meine Damen und Herren, über 100 Millionen DM stehen im Jahre 1986 allein aus der Fehlbelegungsabgabe für den Neubau zur Verfügung.

(Zuruf von der CDU: Wie lange noch?)

- (B) Damit können tausend Sozialwohnungen gebaut werden. Auch hier gilt: Wären wir Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, gefolgt, dann hätten wir keine einzige Mark. Wir fordern die Gemeinden, in denen Fehlbelegungsabgabe erhoben wird, auf, diese Mittel nun auch zügig

(Elfring (CDU): ... auf Sperrkonten zu legen!)

in Bauvorhaben umzusetzen.

Meine Damen und Herren, 218 Millionen DM werden uns auch in diesem Jahr für Wohnungsmodernisierung zur Verfügung stehen.

(Wolf (SPD): Landesmittel!)

- Landesmittel, natürlich, nur Landesmittel; denn der Bund hat ja schon länger aufgehört, das mitzubezahlen: seitdem Herr Schneider in Bonn regiert.

Nur ein Vergleich sei erlaubt! Also, 218 Millionen DM in Nordrhein-Westfalen, und jetzt der Vergleich zum CDU-Musterlände: in

Baden-Württemberg sind es ganze 12 Millionen. (C)

(Jaeger (CDU): Wie viele Städte haben die, und wie viele Städte haben wir?)

Diese Zahlen sprechen für sich und weisen noch einmal auf die hohe Priorität hin, die wir der Substanzerhaltung in unseren Städten beimessen.

Ich stelle fest: Mit dem Haushalt 1986 setzen die Sozialdemokraten die bewährten und anerkannten - auch weit über unser Land hinaus anerkannten - Linien der Städtebau- und Wohnungspolitik fort. Die Opposition hat keine Alternativen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Frau Abg. Decking von der Fraktion der CDU.

Frau Decking (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Rede meines Vorgängers werde ich im einzelnen nicht eingehen; es lohnt nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn der Haushalt die in Zahlen gegossene Politik der Regierung darstellt, so muß ich leider feststellen: Der Bereich Städtebau und Wohnungswesen ist zum Reparaturbetrieb degeneriert. Das Schlimme dabei ist: Sie reparieren genau das, was Sie in den Jahren vorher mit Ihrer Politik vermurkst haben. (D)

(Zustimmung der CDU und der F.D.P.)

Vorausschauende Planung und zukunftsorientiertes Handeln finden nicht statt. Die Wohnungspolitik der SPD hat über Jahre hinweg zu Fehlentwicklungen geführt, und diese sind: Konzentration von Wohnungen an sogenannten Verdichtungsstandorten, explosionsartige Mietsteigerungen für Bauten der 70er Jahre in unseriöser Erwartung von Scheinwachstum und Inflation

(Wolf (SPD): Bundesweit!)

- insbesondere da, wo Genossen regiert haben, nämlich in den Ballungsräumen des Ruhrgebiets, lieber Herr Wolf! -, Fehleinschätzung der Wohnungsnachfrage, falsche Prognosen durch immer neue Gutachten, die, kaum fertiggestellt, schon von der Realität widerlegt werden.

Deshalb fordern wir auch, den Ansatz für wissenschaftliche Untersuchungen auf das Notwendige - und das betone ich dabei! - zu

(Frau Decking (CDU))

- (A) beschränken. Wir brauchen nämlich keine zusätzliche Spielwiese für Soziologen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Wissenschaftsgläubigkeit, meine Damen und Herren von der SPD, hat uns auch nicht bewahrt vor einem abrupten Übergang von der Politik der propagierten Wohnungsnot mit immer weiter steigenden Baufertigstellungszahlen hin zur Politik der Restriktion, die Sie heute praktizieren, wo es nämlich heißt: Nichts geht mehr!

Mein Kollege Doppmeier hat vorhin darauf hingewiesen, und Sie wissen ja selbst, daß das, was jetzt noch an Wohnungsbau geplant ist, minimal ist. Und das, meine Damen und Herren von Regierung und SPD, ist nicht die Kontinuität, die im Wohnungsbau notwendig ist und von der Sie dauernd reden. Sie haben es mitzuverantworten, wenn die Bauwirtschaft im Vertrauen auf die Sirenenklänge aus der Politik, im Vertrauen auf die Mär vom immerwährenden Wachstum des Wohnungsbedarfs ihre Kapazitäten aufrechterhalten hat und nun nicht weiß, wie sie den nächsten Tag überstehen soll.

(Hunger (SPD): Wie das Wetter!)

Schuld an diesen Fehleinschätzungen und falschen Prognosen sind Ihre ideologischen Verklemmungen, meine Damen und Herren von der SPD,

- (B) (Zustimmung bei der CDU)

ist Ihr unbezähmbares Bedürfnis, Wohltaten auszustreuen über potentielle Wähler, über Genossen und solche, die es werden könnten, und ist nicht zuletzt Ihre absolute Blindheit gegenüber der hemmungs- und rücksichtslosen Politik eines Mammutkonzerns, dessen innige Verflechtung von SPD, Gewerkschaft und Gemeinwirtschaft offenbar jedes Sozialistenherz wärmen mußte.

(Beifall bei der CDU - Wolf (SPD): Ihr Bundeswohnungsbauminister heißt Oscar Schneider!)

Ich frage mich heute, meine Damen und Herren, ob nicht zwischen dem Ausrufen der "neuen Wohnungsnot" auf dem SPD-Städtebaukongreß im Januar 1980 in Dortmund

(Doppmeier (CDU): Hört, hört!)

und den gehorteten Grundstücken der Neuen Heimat an Standorten, die durch die Gesamtentwicklung völlig ins Abseits geraten waren, ein ursächlicher Zusammenhang bestand.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren von SPD und Regierung! Selbst wenn ich Ihnen nicht vorwürfe, sich in Ihren Einschätzungen geirrt zu haben, so muß ich Ihnen doch anlasten, daß Sie auch heute noch, wo die veränderte Situation offenkundig ist, nicht den Mut haben, das Richtige zu tun. Sie sind unfähig, die Realitäten zu erkennen und mit den richtigen Maßnahmen zu antworten. Beispiele gibt es am laufenden Band.

In einer Zeit, in der Wohnungsunternehmen mit schwerwiegenden Mietausfällen und aus Leerstandsgründen zu kämpfen haben, wo Kopfprämien für jeden neugewonnenen Mieter gezahlt werden, wo private Vermieter eine Reise nach Mallorca versprechen und gemeinnützige Vermieter trickreiche, wohngeldunschädliche Modelle zur Kostenmietensenkung ersinnen, nur damit sie ihre Wohnungen an den Mann bringen können, da überziehen Sie das Land mit dirigistischen Methoden der Mangelverwaltung aus Gründen sogenannten erhöhten Wohnbedarfs. Auf die Fehlbelegerabgabe sind Sie offensichtlich auch noch stolz. Aber, frage ich Sie: Warum schaffen Sie sie nicht endlich ab? Warum haben Sie nicht endlich den Mut, das zu tun, was Sie im Landtagswahlkampf in Dortmund beispielsweise noch groß verkündet haben? Einen Tag vor der Landtagswahl flogen die Flugblätter durch die Stadt: "Wir schaffen die Fehlbelegerabgabe ab!" Warum tun Sie es denn nicht, warum haben Sie sich in der Fraktion für die Beibehaltung der Fehlbelegerabgabe ausgesprochen und noch dazu vorgesehen, sie auszuweiten? Ich kann dazu nur sagen, wenn schon Unfug, dann aber bitte für alle! Das scheint ja wohl Sozialismus zu sein.

(Beifall bei der CDU)

(D) Aber ich fahre fort! Neben der Fehlbelegerabgabe Zweckentfremdungsverordnung, Quasiabrißverbot, Milieuschutzsatzungen, und nun auch noch das Veräußerungsverbot bei öffentlich geförderten Wohnungen in den Richtlinien. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn es Ihnen im übrigen ernst ist mit dem Veräußerungsverbot bei öffentlicher Förderung, dann frage ich mich: Wie können Sie sich eigentlich mit solchem Übereifer am Räumungsverkauf der Neuen Heimat beteiligen? Der Hinweis auf die Sorge um den Mieter zieht doch nicht; denn dafür ist ja wohl erst einmal der Eigentümer zuständig, wie das bei allen anderen Unternehmen auch vorausgesetzt wird,

(Beifall bei der CDU)

und der hält sich doch zurück.

(Frau Decking (CDU))

- (A) Weiterhin: Die Bundesregierung legt ein Zwei-Milliarden-Programm für die Stadterneuerung auf, das vor allem, das wissen Sie sehr gut, die Beschäftigungslage am Bau zu verbessern geeignet ist. Und was geschieht hier? Sie verweigern Ihre Mitarbeit. Das können Sie auch nicht schönreden, selbst wenn Sie sich darum Stunden um Stunden und Sitzung um Sitzung bemühen.

Weiterhin: Es ist offenkundig, daß im Mietwohnungssektor zur Zeit eine Sättigung erreicht ist, im Eigentumsbereich aber sehr wohl noch Nachholbedarf besteht. Deshalb ist es auch richtig, die vorhandenen Mittel auf den Eigentumsbereich zu konzentrieren, wie es die Bundesregierung entgegen Ihrem Willen, denn Sie reden ja dauernd dagegen, auch tut und wie wir es vorgeschlagen haben. Folgen Sie also unserem Vorschlag, vorab alle Anträge im Eigentumsbereich innerhalb der Fördermodelle A und B zu befriedigen und den verbleibenden Teil einzusetzen für Wohnheime, Alten- und Behindertenwohnungen usw.

Meine Damen und Herren, Wohnungspolitik ist immer auch Städtebaupolitik. Die Fehler der 60er und 70er Jahre, wo Wohnungsbau, im übrigen unter Ihrer Regie, erhalten mußte, die Verdichtungszentren für die Haltepunkte des öffentlichen Nahverkehrs zu schaffen

(Wolf (SPD): Das war sinnvoll!)

- (B) - wie sinnvoll das ist, das sehen wir jetzt, da haben wir jetzt die Leerstandshalden -, werden ja wohl hoffentlich nicht wiederholt werden; denn die Fehler und die Folgen sind zu offenkundig. Aber anscheinend erzeugt jede Zeit ihre spezifischen Fehler.

(Wolf (SPD): Aber bundesweit!)

Wenn heute Stadtumbau und Stadterneuerung Priorität genießen, so ist das richtig. Nicht richtig finden wir jedoch, wenn beides sich vorwiegend in sogenannter Verkehrsberuhigung, die häufig ihr Ziel gar nicht erreicht, und in Begrünung häßlicher Fassaden erschöpft. Wir plädieren für ein gesundes Nebeneinander von Instandsetzung, Modernisierung, Neubau und Wohnumfeldverbesserung. Es muß aber auch möglich sein, Abrisse vorzunehmen, da, wo es von der Substanz her geboten ist; denn nicht jedes baufällige, vom Hausschwamm heimgesuchte Gemäuer ist auch schon denkmalwürdig oder geeignet, zum Erhalt billiger Mieten beizutragen, insbesondere dann nicht, wenn die Modernisierung ein Mehrfaches dessen verschlingt, was ein vernünftiger Neubau an gleicher Stelle kosten würde. Die Erhaltung

erhaltenswerter Bausubstanz ist sehr zu begrüßen, aber Erhalt von Bausubstanz, die nur noch durch Tapeten zusammengehalten wird, keineswegs. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auch Verantwortung für die Zukunft, für gute und gesunde Bausubstanz zu sorgen. Deshalb sind hier mehr Mut und mehr Liberalität gefordert.

(Wortmeldung von Abg. Wolf (SPD) zu einer Zwischenfrage)

- Ich bin sofort fertig, Herr Wolf.

Präsident Denzer: Wollten Sie denn eine Frage des Herrn Abg. Wolf erlauben?

Frau Decking (CDU): Ich möchte gerne zu Ende kommen;

(Präsident Denzer: Das dürfen Sie auch!)

denn sonst nehmen Sie mir den "Saft" weg, und das hätte ich nicht so gern.

(Zuruf von Abg. Wolf (SPD): Das ist Wasser, das ist kein Saft!)

- Ich meine das Mikrophon. - Meine Damen und Herren, es sind mehr Mut und mehr Liberalität gefordert. Das schafft Nachfrage, ohne Leerstände an anderer Stelle zu produzieren. Das hilft der Bauwirtschaft und den Bauarbeitern. Das gibt uns die Chance, wieder mehr bauliche Qualität in unsere Städte zu bringen. (D)

Meine Damen und Herren, folgen Sie unseren Vorstellungen, und machen Sie aus der Reparaturwerkstatt "Wohnungspolitik" endlich wieder einen Innovationsbetrieb.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Ich gehe davon aus, daß damit der Komplex Wohnungsbaupolitik abgeschlossen ist. Wir kämen dann zu dem Komplex Verkehrspolitik im Rahmen dieses Einzelplans 11. Dazu hat das Wort für die F.D.P. Herr Abg. Dr. Schaumann.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Meine Damen und Herren! Es gibt das hervorragende Buch von Johannes Mario Simmel: "Keiner ist eine Insel". Wir halten unsere Gesamtbewertung des Verfahrens der Haushaltsberatungen aufrecht, möchten aber sagen, daß sowohl Herr Aigner, der uns heute morgen ange-



(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) sprochen hat, als auch Herr Hartelt, der das heute morgen geschrieben hat, recht haben: Es gibt in diesen Beratungen eine Insel; das sind die Beratungen im Verkehrsausschuß gewesen. Wir attestieren gern, daß die Beratungen im Verkehrsausschuß anders gelaufen sind als in anderen Ausschüssen, Herr Aigner.

(Zuruf des Abg. Wolf (SPD))

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat das Wort Herr Abg. Dreyer. Ich erteile Ihnen das Wort.

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß! - Ein funktionsfähiges Verkehrswesen mit leistungsstarken Verkehrsunternehmen und einem bedarfsgerecht ausgebauten Verkehrsnetz fördert die Mobilität des einzelnen Bürgers und die Entwicklung der Gemeinschaft. Es fördert die vom Grundgesetz geforderten gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Regionen; es fördert die Leistungskraft der Wirtschaft und wirtschaftliches Wachstum; es fördert die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft.

Die Verkehrsinvestitionen tragen dazu bei, verkehrssichere Substanz zu erhalten, laufende Projekte zügig fertigzustellen, veränderte qualitative Ansprüche zu erfüllen und die Verkehrsnetze bedarfsgerecht auszubauen sowie die regionale Erschließung und Anbindung herzustellen.

(B)

Dies alles steht unter dem Anspruch, die Schutzwürdigkeit von Umwelt, Natur und Landschaft zu beachten, aber natürlich auch städtebauliche Belange zu berücksichtigen. Dieses, Herr Minister Zöpel, war schon seit vielen Jahren so. Ich muß also darauf hinweisen, daß nicht erst von Ihnen auch die Frage der Berücksichtigung städtebaulicher Belange in die Diskussion gebracht worden ist. Sie können dies auch nachlesen, daß das auch der Verkehrsausschuß bei der Verabschiedung des Landesstraßenbedarfsplanes 1982 beraten hat.

Was nun diesen Landesstraßenbedarfsplan angeht, war daran gedacht, ihn in 20 Jahren zu verwirklichen. Er hatte ein Bauvolumen von 5 Milliarden DM. Es war damals davon ausgegangen worden, daß pro Jahr 240 Millionen DM allein für die Finanzierung des Landesstraßenbedarfsplans zur Verfügung gestellt werden sollten. Wenn Sie jetzt mit Investitionsquoten von 140 Millionen DM pro Jahr arbeiten, würde dieses Programm

40 Jahre benötigen und nicht mehr 20 Jahre. Dies bedeutet also, daß alle diese Absichten, die mit dem Landesstraßenbedarfsplan verbunden sind, gar nicht mehr in einem vernünftigen zeitlichen Horizont erfüllbar wären. (C)

Ich will Ihnen als Beispiel dafür einmal die Ortsumgehung Oerlinghausen nennen. Wir haben gestern im Verkehrsausschuß 1 000 DM für das Jahr 1986 angesetzt, damit für den Fall, daß Mittel bei anderen Projekten frei werden, nach dorthin umgeschichtet wird. Ihr Vorschlag waren 1 000 DM, und es sind dann 100 000 DM beschlossen worden - das muß ich jetzt korrigieren. Aber das Projekt verschlingt insgesamt 36 Millionen DM. Das heißt, daß es völlig unrealistisch ist, zu glauben, daß mit dieser Anfinanzierung etwas bewirkt würde.

Die Stadt Oerlinghausen hat die gesamte Stadtentwicklungspolitik darauf gerichtet, dieses Projekt verwirklicht zu bekommen. Es ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Flüssigkeit des Verkehrs zu beurteilen, ob diese Straße notwendig ist, sondern dies ist ein ganz wichtiger Punkt für die Stadtentwicklung Oerlinghausen. Sie stellen dies alles nicht nur für Oerlinghausen, sondern für viele andere Städte und Gemeinden in Frage. Hinzu kommt, daß für viele der Anspruch damit verbunden ist, dies sei nun eine besonders ökologische Politik.

Ich meine, diese Ansätze im Haushalt zeigen, daß die Landesregierung vor dieser Aufgabe versagt hat. Unser Antrag, hier um 18 Millionen DM für diesen Teil aufzustocken und auch bei den UA III-Mitteln eine Aufstockung vorzunehmen, kann sicherlich nicht den Anspruch erheben, alle Probleme zu lösen. Mit diesem Antrag sollen die allerschlimmsten Auswirkungen Ihrer Kürzungen verhindert werden. Wir haben im Ausschuß über die Projekte, die im Landesstraßenbedarfsplan dieses Jahres gelandet sind, nur einen "Minimalkonsens" erreichen können. Wir halten diese Aufstockung für erforderlich, um zumindest die wichtigsten Projekte beginnen zu können, dies übrigens auch unter dem Gesichtspunkt, daß die Bauwirtschaft im Lande diese plötzlichen Eingriffe gar nicht verkraften kann. Dies kostet Tausende von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft, insbesondere in den besonders hart betroffenen Regionen; ich nenne als Beispiel das Bauamt Minden. In diesem Bauamt können, weil bei ihnen inzwischen der Zufall des Baubeginns zu dem Instrument der Planung geworden ist, gar keine neuen Projekte mehr begonnen werden.

(D)

(Rohe (SPD): Das stimmt doch gar nicht. Das ist dummes Zeug!)

(Dreyer (CDU))

- (A) - Das ist alles richtig, Herr Rohe. Sie hätten in der Sitzung der Bauamtskommission dabei sein müssen: 4,3 Millionen DM stehen dort zur Verfügung.

(Rohe (SPD): 5 Millionen DM stehen dort!)

- Nein, 4,3 Millionen DM. Wenn das Bauamt Minden nicht auch Bundesmittel zu verbauen hätte, würde das ganze Amt sehr stark unterbeschäftigt sein, außerdem die Bauwirtschaft in diesem Bereich.

Wir bitten Sie sehr herzlich, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Rohe (SPD): Wir können nicht wissen, was ihr wollt!)

- Herr Rohe, die Entscheidung in Löhne, die Sie jetzt ansprechen, trägt zur besseren Finanzierbarkeit bei. Sie wissen, daß 6,7 Millionen DM durch den Beschluß des Rates eingespart werden. Das Geld wird an anderer Stelle dazu beitragen können.

(Rohe (SPD): Jedes Jahr neue Anträge!)

- (B) - Herr Rohe, den Vorwurf kann ich auf der Stadt Löhne nicht sitzenlassen. Das wird Herr Kollege Schnepel auch bestätigen können aus seiner Sicht; er tut jetzt so, als hätte er nicht gehört, was Sie dazwischengerufen haben. Darum muß ich jetzt deutlich sagen: Es war so, daß die Stadt Löhne damals bei dem Projekt der Meinung war, daß innerhalb der vorhandenen Kreuzungsbauwerke der Bahn geblieben werden könne. Damals waren die Straßenplaner der Meinung, es müsse alles sehr viel aufwendiger gebaut werden mit 4,70 m Durchfahrthöhe, und dann ist dieser Plan entstanden, der eben nicht finanzierbar war. Die Umplanung macht jetzt immer noch 7,7 Millionen DM Mittel für beide Projekte insgesamt notwendig, für die L 965 und die L 782. Aber, darauf möchte ich hinweisen: Wenn diese überzogene Planung nicht am Anfang gestanden hätte, wäre das gesamte Projekt inzwischen aus dem Topf unter 5 Millionen DM erledigt gewesen. Insofern leiden also die Mitbürger in Löhne unter den Planungen, nicht unter den Entscheidungen des Rates, Herr Rohe, sondern durch das, was Sie leider mit auf den Weg gebracht haben.

Ich darf noch einmal deutlich sagen - dies gilt für alle anderen Anträge auch, aber insbesondere für diesen Antrag zum Landesstraßenbedarfsplan -: Wir bitten Sie sehr herzlich um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

(C) Präsident Denzer: Danke schön, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Böse das Wort.

Böse (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Jahr jährt sich ein Ereignis, das die Verkehrspolitik nach wie vor große Herausforderungen stellt. Am 3. Juli 1886 befuhr Karl Benz die Straßen von Mannheim mit dem ersten benzinbetriebenen Patentmotorwagen. Wir wissen heute, daß dies der Start in die automobilen Gesellschaft war, und wir wissen heute auch um den hohen Preis, den unsere Gesellschaft für die durch das Auto entfaltete Mobilität ohne Grenzen zahlen muß. Verkehrsoffer, Waldsterben, Landschaftsverbrauch und Unwirtlichkeit unserer Städte sind die Stichworte, die uns die Gefahren einer Nutzung von Automobilität im Übermaß deutlich vor Augen führen.

(Zustimmung bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat aus diesen Entwicklungen früh die notwendigen Konsequenzen gezogen. Ich erinnere daran, daß mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr, dem Generalverkehrsplan Nordrhein-Westfalen und dem Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 ab Mitte der 60er Jahre die Grundlagen gelegt worden sind, um den Ergebnissen einer einseitigen Bevorzugung des privaten Kraftfahrzeugs durch einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in unserem Lande entgegenzuwirken. Unsere Förderkonzeption für den öffentlichen Personennahverkehr war und ist im Vergleich der Flächenländer vorbildlich. Nordrhein-Westfalen leistet für den ÖPNV pro Einwohner und gemessen an den Gesamtausgaben des Landes mehr als Baden-Württemberg und Bayern zusammen.

(Aigner (SPD): Das ist interessant!)

Es ist nach den Länderdaten für 1983 von den Flächenländern überhaupt nur Hessen, das entsprechende Leistungen vorweisen kann.

Dabei unterstreichen wir mit der deutlichen Erhöhung des Mittelansatzes um 42 Millionen DM in diesem Jahr, daß trotz der schwierigen Finanzlage die Vorrangpolitik für einen umweltgerechten und attraktiven öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen konsequent weiterverfolgt wird. Es geht hier weitgehend um investive Ausgaben, mit denen Arbeitsplätze im Baugewerbe gesichert werden.

Unsere langfristig angelegte Förderkonzeption für den ÖPNV besteht aus den Elementen Verkehrswegebau, Stärkung der Leistungsfähig-

(Böse (SPD))

- (A) keit des ÖPNV, insbesondere durch Modernisierung des Fahrzeugparks, und Verbesserung der Organisation des ÖPNV durch Bildung von Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften. Dabei hat die Verbesserung der Infrastruktur durch den Ausbau eines modernen Schienenschnellbahnsystems mit S-Bahn und Stadtbahn einen hervorragenden Stellenwert bei der Bestimmung unserer Vorrangpolitik für den ÖPNV.

Ich will hier nur daran erinnern, daß seit 1968 im S-Bahn-Bau in Nordrhein-Westfalen 2,85 Milliarden DM ausgegeben worden sind, von denen das Land immerhin 40 Prozent getragen hat; das sind 1,14 Milliarden DM. Außerdem stellt das Land 7 Prozent Planungskosten freiwillig zur Verfügung; das sind noch einmal 200 Millionen DM gewesen.

(Hardt (CDU): Die ersten Verträge hat Franz Meyers gemacht!)

Hier sind in den vergangenen Jahren erhebliche Erfolge erzielt worden. Es kann nicht oft genug gesagt werden: In diesem Bereich gibt es zu einer Politik des langen Atems keine Alternative.

Das heißt nicht, daß hier auf neue Akzentsetzungen verzichtet werden sollte. Im Gegenteil! Es erweist sich als immer dringender, den Stadtbahnbau durch gezielte Beschleunigungsmaßnahmen im oberirdischen Netz zu ergänzen. Das gilt ebenso für die Beschleunigung der herkömmlichen Straßenbahn- und Busnetze in unseren Innenstädten. Was notwendig ist, wissen wir: Ampel-Vorrangschaltungen, besondere Bahnkörper und eigene Fahrspuren für den ÖPNV. Nur so kann der Systemvorteil öffentlicher Verkehrsmittel gegenüber dem Individualverkehr zum tragen kommen. Hier stehen Städte und Verkehrsunternehmen in der Verantwortung, die Vorrangpolitik des Landes für den ÖPNV mit mutigen und zukunftsweisenden Konzepten zu unterstützen. Es gibt gute Ansätze - ich nenne beispielsweise Düsseldorf -, die zeigen, daß die verkehrspolitische Herausforderung angenommen worden ist, eine Nutzungsbegünstigung öffentlicher Verkehrsmittel in den Innenstädten endlich durchzusetzen.

Wir meinen, daß sinnvolle Parkraumkonzepte und PKW- bzw. Fahrradabstellplätze an den Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs weitere Punkte sind, die Bestandteil kommunaler Verkehrskonzepte sein müssen.

Wir kennen die Sorge in unseren Städten, ob der ÖPNV auf Dauer bezahlbar bleibt. Das bezieht sich einmal auf die Folgekosten bei der Unterhaltung von Stadtbahnanlagen. Dies

ist ein ganz schwieriges Problem. Hier wollen wir durch UI-Mittel, die auf unseren Antrag hin gegenüber 1985 um 500 000 DM erhöht werden, zur Entlastung beitragen. Zum anderen wird aber auch die allgemeine Kostenunterdeckung zunehmend als kritisch angesehen. Ich will hier nur eine Zahl nennen: Allein im Verkehrsverbund Rhein/Ruhr hat es 1985 eine Unterdeckung von rund 625 Millionen DM gegeben, obwohl die bisherige Tal-fahrt bei den Fahrgastzahlen nach jüngsten Erhebungen und Prognosen in diesem Jahr ein Ende finden wird und darüber hinaus erstmals wieder mehr Fahrgäste im ÖPNV erwartet werden.

Das Land leistet über die investiven Schwerpunkte des Verkehrswegebbaus hinaus Erhebliches für den ÖPNV. Ich nenne nur die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr und bei der Beförderung Schwerbehinderter, das Investitionshilfeprogramm und den Ausgleich verkehrsspezifischer Defizite bei Gemeinschaftslösungen nach dem Kooperationsprogramm des Landes. Dagegen verweigert der Bund seine Hilfe, obgleich in der Bundesrepublik praktisch Einvernehmen darüber besteht, daß dies dringend nötig wäre, wie sich am Beispiel der Gasölbetriebsbeihilfe eindeutig belegen läßt.

Vor diesem Hintergrund wird es einen Einstieg des Landes in die originäre Defizitabdeckung nicht geben können. Wenn wir die Rahmenbedingungen des ÖPNV weiter verbessern wollen, so erfordert dies vielmehr, die Anstrengungen in den investiven Bereichen zu verstärken.

Allerdings - daran führt nach unserer Überzeugung kein Weg vorbei - stehen die Verkehrsunternehmen vor der Aufgabe, durch eigene Bemühungen in ihren Leistungsbereichen mehr Bürger zum Umstieg auf Busse und Bahnen anzuregen. Ich nenne das Stichwort Umweltschutz-Ticket, das nur als ein Beispiel für attraktive Preisangebote steht. Aber hier kann man nicht so tun, als würde so etwas in den Kommunen beschlossen und das Land habe dann auch entsprechende Leistungen dafür zu erbringen. Hier sind die Kommunen selbst in der Verantwortung, etwas für eine attraktive Fahrpreisgestaltung zu tun.

Aber auch durch eine Verbesserung der Service- und Informationsleistungen könnte hier einiges bewegt werden. Es gibt auch Versuche - beispielsweise in Köln mit dem Einsatz von Kundenbetreuern -, die zeigen, daß die Verkehrsunternehmen die Herausforderung angenommen haben.

(Zustimmung bei der SPD)

(C)

(D)

(Böse (SPD))

- (A) Wir hoffen, daß insbesondere der Verkehrsverbund Rhein/Ruhr auf der Grundlage der jüngst vorgelegten Marketingstrategie 1986 bis 1990 Fortschritte machen wird.

Lassen Sie mich auch ein Wort zur Deutschen Bundesbahn sagen. Nach Schleswig-Holstein hat jetzt auch Baden-Württemberg eine Vereinbarung mit der Bundesbahn über den Schienenpersonennahverkehr abgeschlossen. Wir sehen keinen Zugzwang für Nordrhein-Westfalen, aber wir begrüßen, daß der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr mit dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn vereinbart hat, vorbereitende Gespräche über das Regional- und Nahverkehrskonzept in unserem Lande aufzunehmen. Die SPD-Fraktion erhofft sich davon, daß die Bundesbahn endlich ihre Karten auf den Tisch legt und damit die berühmte Salami-taktik, was Streckenstilllegungen angeht, ein Ende hat. Ob ein Abkommen geschlossen wird, muß nach unserer Auffassung zunächst offenbleiben.

Wir begrüßen auch, daß der Bundesminister für Verkehr auf unsere Initiative hin endlich die direkte S-Bahn-Anbindung des Flughafens Düsseldorf an das Ruhrgebiet prüfen will. Hiervon erhoffen wir uns einen ebenso wichtigen Fortschritt wie von der Vervollständigung des S-Bahn-Netzes in der Region Köln sowie dem Bau weiterer S-Bahn-Verbindungen im Ruhrgebiet, insbesondere was die S-9 Marl - Bottrop - Essen - Wuppertal angeht.

- (B) Auch im Verkehrsbereich haben wir uns mit Chancen und Risiken neuer Technologien auseinanderzusetzen. Ich nenne nur das Stichwort fahrerloser Betrieb, der heute mit verschiedenen Systemen technisch ohne weiteres möglich ist. Nach den Ergebnissen verschiedener Versuche im U-Bahn-Bereich werden hier allerdings grundsätzliche Fragen im Hinblick auf die Akzeptanz seitens der Benutzer und die beschäftigungspolitischen Auswirkungen aufgeworfen.

Derartige Probleme sind bei dem H-Bahn-Projekt in Dortmund - zur Zeit jedenfalls - nicht erkennbar. Wir meinen deshalb, daß jetzt versucht werden sollte, dieses automatische Verkehrsmittel weiterzubauen und in das ÖPNV-Netz der Stadt Dortmund einzugliedern. Wir erwarten diesbezüglich die Bemühungen und die Initiativen seitens der Stadt Dortmund. Erst dann wird die Frage zu beantworten sein, ob die H-Bahn im Rahmen unserer ÖPNV-Systeme eine Zukunft haben kann.

Auch wenn der ÖPNV im Mittelpunkt unserer verkehrspolitischen Bemühungen steht, so

wissen wir doch, daß der Kraftfahrzeugverkehr langfristig einen hohen Anteil am Personen- und Güterverkehr behalten wird. Wir Sozialdemokraten treten aber für einen raschen Übergang zum umweltfreundlichen Auto, für eine ausgewogene Wahl der Verkehrsmittel und für einen teilweisen Verzicht auf das Auto - insbesondere im Nahbereich - ein. Anders gesagt: Wir messen heute der Straße eben nicht die besondere Bedeutung zu, wie sie in den sogenannten "Ordnungspolitischen Leitlinien" der Verkehrspolitik zum Ausdruck gekommen ist, die jetzt auf CDU-Bundesebene vorgelegt werden. Das kann im Klartext doch nur heißen, daß in den Reihen der Union die rein quantitative Sicht im Straßenbau nach wie vor vorherrscht. Dabei kann niemand daran zweifeln, daß die Straßeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen gut ist.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski (SPD))

Wir können uns heute nach dem Grundsatz "Ausbau vor Neubau" Qualitätsverbesserungen im Netz zuwenden. Wir sagen auch, daß für uns der Radwegebau, der Lärmschutz an Straßen und Verkehrsberuhigung auch durch Rückbau von Ortsdurchfahrten von besonderer Bedeutung sind.

(Zustimmung bei der SPD)

In den Gesprächen im Verkehrsausschuß wenden Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU, gegen die Umschichtungen zu Lasten des Landesstraßenbaus. Das ist für Sie wohl ein Reizthema. Dabei müßten Sie wissen, daß Ihre Parteifreunde in Bonn ihre Unschuld bereits seit einiger Zeit verloren haben. So wurden die Mittel der Hauptbautitel für Nordrhein-Westfalen im Bereich des Bundesfernstraßenbaus von 1983 bis 1986 um rund 150 Millionen DM gekürzt. Ich habe nirgendwo vernehmen können, daß dies von der Opposition in diesem Hause zu irgendeinem Zeitpunkt problematisiert worden wäre. Das ist der eine Punkt.

Zum anderen sind wir nach wie vor in der Situation, daß der Bund die den Landschaftsverbänden entstehenden Kosten für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht beim Bundesfernstraßenbau nur zu einem geringen Teil deckt. Hier sind wir gezwungen, Jahr für Jahr aus Landesmitteln aufzustocken, nur weil der Bund das, was er bestellt hat, nicht bezahlt. 1986 sind es fast 83 Millionen DM, die wir den Landschaftsverbänden zusätzlich zuwenden müssen. Uns wäre im Bereich des Landesstraßenbaus schon sehr geholfen, wenn Sie Ihre Parteifreunde in Bonn hier zu einer Änderung bewegten.

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abg. Dreyer?

(Böse (SPD): Bitte!)

- Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

Dreyer (CDU): Herr Kollege Böse, ist Ihnen bekannt, daß die Kosten für Planung in anderen Bundesländern von den Ländern und nicht wie in Nordrhein-Westfalen zum Teil von den Kommunen bezahlt werden?

Böse (SPD): Herr Kollege Dreyer, Sie wissen, daß wir dieses Thema schon im Verkehrsausschuß angesprochen haben

(Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

und daß wir dazu eine Information des Verkehrsministers bekommen. Tatsache ist aber - das ist auch bei Ihnen unbestritten -, daß die Planungskosten ungefähr 14 % ausmachen

(Weiterer Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

und daß wir den Landschaftsverbänden das Geld im Grunde genommen aus Landesmitteln geben.

(Hardt (CDU): Aber doch nur 10 %!)

Vor diesem Hintergrund werden wir bei der Fortschreibung des Landesstraßenbauplans zu prüfen haben, welche Straßen notwendig sind, welche Maßnahmen möglicherweise entfallen können und wie der finanzpolitische Rahmen im Landesstraßenbau für die Zeit ab 1987 aussieht.

(B)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

Böse (SPD): Ja! - Wichtig ist dabei - das lassen Sie mich ganz deutlich sagen -, daß wir bei der Fortschreibung des Landesstraßenbauplans einen Finanzrahmen vorgeben, der von der Höhe her für die nächsten Jahre Sicherheit gibt.

(Hardt (CDU): Was?)

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß sich meine Fraktion von einer stärkeren Verknüpfung von Stadtentwicklung und Verkehr, wie sie durch die geänderte Ressortzuständigkeit möglich geworden ist, Fortschritte bei der Verfolgung unserer verkehrspolitischen Ziele erhofft. Städte und Gemeinden müssen mitwirken, was insbesondere für die Beschleunigung des Nahverkehrs und die Verkehrsberuhigung gilt.

Trotz der schwierigen Finanzlage des Landes stellt der vorliegende Verkehrshaushalt sicher, daß die Verkehrsinfrastruktur entsprechend unseren verkehrspolitischen Zielen weiterentwickelt werden kann. Die SPD-Fraktion stimmt daher dem Verkehrsetat 1986 zu.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Abgeordneter! - Das Wort hat Herr Minister Dr. Zöpel.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit den Gemeinsamkeiten beginnen. Die Beratungen im Verkehrsausschuß waren außerordentlich erfreulich. Angenehmerweise hat Herr Kollege Schaumann, eine sonstige Übung der F.D.P. uneigennützig durchbrechend, das hier dargestellt.

Warum waren sie erfreulich? Das hat schon mit der Form zu tun,

(Wolf (SPD): Und mit den Personen!)

in der wir beraten. Viele Anträge, wenn sie denn nicht gestellt werden, um anschließend Schlagzeilen zu erzeugen, sondern wenn sie gestellt werden, weil man tatsächlich etwas in positivem Sinne verändern will - ich unterstelle jeder Fraktion, daß ihr dazu etwas einfällt -, lassen sich nicht in abschließenden Antragssitzungen, ohne daß man sie vorher auch kannte, sachgemäß prüfen. Es ist uns gelungen, bei dem Jahresprogramm über den Ausbau der Landesstraßen mit Argumenten zu einem Konsens zu kommen,

(D)

(Hardt (CDU): Minimalkonsens!)

weil mir alle drei Fraktionen konzidiert haben, ihre Anträge zu überprüfen, mit den Landschaftsverbänden, die ja schließlich bauen, zu besprechen, um dann meine Position vorzutragen und schließlich zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen.

(Hardt (CDU): Sie müssen aber auch sagen, daß das ein Minimum war!)

- Ich habe zunächst nur von der Form, der Chance der Prüfung von Anträgen gesprochen.

In der Sache sind wir uns - das hat die Rede von Herrn Kollegen Dreyer belegt - in der Straßenbaupolitik nähergekommen. Ich kann Ihnen überhaupt nicht widersprechen, daß ökologische Belange, städtebauliche Belange in

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) der Straßenverkehrspolitik schon lange beachtet und verkündet wurden, bevor ich Verkehrsminister wurde. Das gilt - darüber waren wir uns bei der Amtsübergabe völlig einig - schon für die Politik meines Kollegen Jochimsen. Aber das gilt zweifellos auch für die anderen Parteien. Das gilt zum Beispiel für die Verkehrspolitik des Vorgängers von Herrn Kollegen Jochimsen, Herrn Kollegen Dr. Riemer. - Ich schaute nur, ob er gerade präsiert; dann hätte ich das, glaube ich, nicht sagen dürfen.

(Zurufe: Warum eigentlich nicht?)

Herr Kollege Riemer hat dem Bund die bisher umfangreichsten Meldungen für die Kürzung von Bundesfernstraßen signalisiert; dagegen bin ich ein Waisenknabe.

(Dreyer (CDU): Sie haben immer noch 10,1 Milliarden DM für den vordringlichen Bedarf angemeldet.)

Ich sage, wie es ist.

(Dreyer (CDU): Also sind doch Investitionen notwendig!)

- Herr Kollege Dreyer, ich wollte doch sagen, daß wir uns einig sind.

Über die Projekte kann man ja trefflich streiten. Zu der A 33 sind Sie, Frau Thomann-Stahl, ganz anderer Meinung als ich. Bei der Rheinquerung bei Dinslaken sind Sie - allerdings im gegenteiligen Sinne - ebenfalls anderer Meinung als ich. Da wollen Sie nämlich keine Straße sehen, während wir meinen, wenn wir eine Trasse fänden, die nicht durch die dortigen Vogelschutzgebiete geht, dann sollte man dort eine Straße bauen.

(B)

Bei der B 54 in der Nähe von Ochtrup ziehen wir am selben Strang; wir wollen sie beide nicht. Eine ganz eigenartige Situation entstand dadurch, daß unsere Skepsis hinsichtlich der Ortsumgebung Oerlinghausen gemeinsam war - im Gegensatz zu beiden anderen Fraktionen, wenn ich Ihre als die eine bezeichnen darf.

So geht das durcheinander, was ja bedeutet, daß kein vernünftiger Mensch mehr Straßen um jeden Preis bauen will, sondern sie immer auch mit ökologischen und städtebaulichen Belangen abwägt. Das ist bei diesen Beratungen belegt worden, und ich hoffe, das setzt sich fort.

Die Differenz, Herr Kollege Dreyer, die Sie jetzt deutlich gemacht haben, betrifft das Volumen der Haushaltsmittel für den Landes-

straßenbau. Und jetzt mache ich eine Bemerkung, die Ihnen ein dauerhaftes Zitat ermöglicht: Nach meiner Auffassung sind sämtliche baurelevanten Haushaltsansätze im Einzelplan 11 nicht in der Höhe ausgebracht, wie es für den Bedarf und für die Beschäftigung der Bauwirtschaft ausreichend wäre. Ich sage das in dieser Offenheit. Das gilt für den Landesstraßenbau, das gilt für den Städtebau, das gilt für den Wohnungsbau - eindeutig.

(C)

Die Ansätze sind durch die Möglichkeit der Nettokreditaufnahme limitiert. Die ist nicht nur nach Meinung des Finanzministers, sondern auch nach meinem ganz persönlichen ökonomischen Sachverstand ausgereizt und kann nicht erhöht werden. Ich habe mich, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, über einige Anträge in anderen Bereichen gewundert und mich gefragt, wie man sie angesichts dieser Tatsachenentwicklung stellen konnte.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Innerhalb der bestehenden Möglichkeiten haben wir die Ansätze nach den Notwendigkeiten gewählt. Darüber kann man in begrenztem Umfang streiten; aber es ist sehr schwer.

Die CDU hat angekündigt, sie würde Vorschläge machen, wie sie zusätzliche Mittel als Komplementärmittel für den Städtebau bereitstellen würde. Ich muß ganz offen sagen: Ich habe die Ankündigung für mutig gehalten und habe gewartet, wie sie erfüllt würde.

(D)

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

- Nein, Herr Kollege Hunger, das hat zumindest niemand mehr angekündigt, und wir sollten nichts sagen, was nicht stimmt. - Dabei ist ein Antrag auf eine Verpflichtungsermächtigung von 119,5 Millionen DM herausgekommen, und als Deckung sind ganze 35 Millionen DM Verpflichtungsermächtigung aus dem Grundstücksfonds erbracht worden.

(Kramps (SPD): Unseriös ist das!)

Ich kann das der CDU nicht vorwerfen, höchstens insoweit, als der Versuch wohl zu mutig war; aber Mut ist ja nichts Verbotenes. Es ist schwer umzuschichten.

Im Verkehrssektor haben wir einige Prioritäten gesetzt. Wer beklagt, daß die Minderansätze im Straßenbau gegenüber dem letzten Haushaltsjahr auch Beschäftigungsauswirkungen haben - was man nicht bestreiten kann -, der wird akzeptieren müssen, daß sie im Verkehrsbereich durch investive Mehraus-

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) gaben im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs voll kompensiert sind, was wiederum auch Beschäftigungseffekte hat.

(Beifall bei der SPD)

Darüber können wir lange streiten; ich vermute, daß Investitionen in komplizierten Anlagen des öffentlichen Schienenverkehrs sogar arbeitsplatzintensiver sind als Straßenbaumaßnahmen, bei denen man heute mit großen Maschinen vorgehen kann. Aber da gibt es sicherlich komplizierte Rechnungen, und darum geht es auch gar nicht. Nur habe ich die herzliche Bitte anzuerkennen: Im Verkehrshaushalt gibt es im Saldo keine negativen Beschäftigungsauswirkungen.

Nun lassen Sie mich zu dem kommen, was über die Ansätze im Städtebau- und Wohnungsbaubereich gesagt wurde. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel: ich kann nicht glauben, daß alle Kolleginnen und Kollegen von der CDU das, was hier von ihrem ersten Sprecher vorgetragen wurde, wenn sie die Fakten kennen - ich werfe es niemandem vor, wenn er die Fakten nicht kennt -, wirklich akzeptieren, es sei denn, es ginge ausschließlich darum, Argumente zu sammeln, die man nur beim eigenen Publikum unterbringen kann, egal, ob sie stimmen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Der erste Sprecher der CDU hat hier gesagt, die Kürzungen im Bauhaushalt erfolgten, weil insbesondere der Ministerpräsident, aber auch die ganze Landesregierung vorsätzlich Arbeitslosigkeit herbeiführen würden.

(Zuruf von der SPD: Floppmeier!)

Das ist hier gesagt worden, und das wird damit begründet, daß das Land im Rahmen der Verpflichtungsermächtigungen - nicht einmal der Baransätze für 1986 - im Augenblick nicht die Aufstockung von Städtebaumitteln erbracht hat, die die CDU sich wünscht, vertragsgerecht verhalten wir uns. Deshalb habe ich die herzliche Bitte gerade an die Kollegen der CDU, bei den Fakten zu bleiben. Dabei finde ich das Hin- und Herschieben von Verantwortung zwischen Bund und Land schrecklich langweilig, und nicht deshalb trage ich das folgende vor.

(Dr. Pohl (CDU): Sehr gut; aber das gilt für die ganze Landesregierung!)

- Herr Kollege Pohl, wenn ich sage, daß ich das langweilig finde, dann gilt das für alle Fälle, in denen das unberechtigt ist.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Schnoor, haben Sie gut zugehört?)

(C) Nach diesem kleinen Zwischenkonsens zwischen uns hoffe ich, daß wir auch gleich einen großen Konsens erzielen werden. Ich darf das Haushaltsjahr 1983 heranziehen. Das war das Haushaltsjahr, für das die Regierung Kohl, die CDU/F.D.P.-Regierung, erstmals allein verantwortlich war. Hier standen im Städtebaubereich 280 Millionen DM verzeichnet. Im Haushaltsplan 1986 sind es 1 Milliarde oder 1 000 Millionen, eine Erhöhung um 720 Millionen DM. Ich stelle das hier fest und stelle zusätzlich fest: Diese Erhöhung ist ein sinnvoller Beitrag, um Bauwirtschaft anzukurbeln.

Im selben Haushaltsjahr 1983 standen in den Kapiteln zur Förderung des Wohnungsbaus 2 833 000 000 DM; im Haushaltsplan 1986 stehen dort noch 983 000 000 DM. Das heißt, im Bereich des Wohnungsbaus ist im Bundeshaushalt eine Kürzung in Höhe von 1,9 Milliarden DM vorgenommen worden.

(Hört, hört! bei der SPD - Zuruf von der CDU)

- Herr Kollege Jaeger, es hätte mich gefreut, wenn dieser Zwischenruf gerade nicht gekommen wäre. Ich habe nicht behauptet, daß diese Kürzung vorgenommen wurde, weil Bundeskanzler Kohl vorsätzlich Arbeitslosigkeit steigern wolle. Das habe ich nicht behauptet.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das ist der Unterschied zwischen den Ausführungen des Redners der CDU und meinen Ausführungen.

(Wolf (SPD): Wir wahren auch den Anstand!)

Deshalb kann ich hier nur sagen: Bleiben Sie bei den Fakten, bevor Sie Dinge verbreiten, die Sie selbst, wenn Sie ehrlich sind, nicht glauben, und gucken Sie sich die gesamten Bauhaushalte an!

Ich habe festgestellt, wir könnten bedarfsgerecht überall mehr brauchen. Wir haben wegen der Begrenzung der Nettokreditaufnahme jedoch nicht mehr Geld. Aber hier die Steigerung um 720 Millionen DM im Städtebau für die einzigartige Großtat zu erklären, sie zu einem Fetisch zu stilisieren, als wäre es sonst noch was, und dann zu vergessen - im Ergebnis fahrlässig zu vergessen -, daß gleichzeitig im Bereich des Wohnungsbaus in demselben Zeitraum 1,9 Milliarden DM, also mehr als das Doppelte von dem, was im Städtebau dazukam, gekürzt wurde, kann entweder die Ursache haben, daß Sie nicht

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) wissen, was sich in den Haushalten dieser Republik abspielt - das wäre noch das günstigere für Sie -, oder es ist wirklich blanke Demagogie.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt auch, wenn - die Bemerkung erlaube ich mir jetzt - mit Krokodilstränen vorgebracht wird, eine bestimmte Verwendung der Mittel der WFA, auf die ich gleich noch zu sprechen komme, bringe zig mögliche Bauherren von öffentlich geförderten Eigenheimen dazu, daß sie nicht bauen könnten. Wenn das das erste Anliegen der CDU-Politik ist, dann begreife ich nicht, warum die Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau, nachdem der Bund nur noch Eigenheime fördert, auch noch von 590 Millionen DM im Jahre 1984 auf 570 Millionen DM im Jahre 1985 und auf 446 Millionen DM im Jahre 1986 gekürzt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es bedauerlich, daß wir kürzen müssen. Aber wenn Sie Krokodilstränen vergießen und dabei diese Bundeszahlen einfach außer acht lassen, so führt das Ihre Argumentation in den Bereich, in den sie gehören, nämlich in den Bereich der Vernebelung des tatsächlichen Verhaltens aller Gebietskörperschaften.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Präsident Denzer: Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Herr Präsident, darf ich Ihnen an dieser Stelle eine Frage stellen?

Präsident Denzer: Das dürfen Sie.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Die Redezeiten sind für den einzelnen Redner begrenzt. Ich hätte mich mehrmals melden können. Ich hielte es aus der Sicht der Landesregierung im Rahmen ihres Rederechts für angebracht, wenn ich jetzt Bemerkungen zu dem Bereich Neue Heimat machen könnte.

(Zurufe)

Ich muß das aber Ihnen, Herr Präsident, überlassen. Ich bedanke mich, daß ich die Frage stellen durfte.

Präsident Denzer: Ich meine, wenn Sie das in fünf Minuten zu Ende bringen, sollten wir das ermöglichen. Der Minister hätte zu zwei Komplexen zweimal reden können.

(Doppmeier (CDU): Wir sind damit einverstanden!)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

(C)

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident, ich bedanke mich bei Ihnen und bei den Mitgliedern des Hauses.

Ich komme nach diesem Punkt - das Stichwort wurde erwähnt - zu der Auseinandersetzung über die Neue Heimat. Wir werden dazu noch mehrfach Gelegenheit haben, wie wir das Thema bereits in mehrstündigen Ausschusssitzungen in erschöpfender Ausführlichkeit behandelt haben.

(Wolf (SPD): Inquisitorische Ausführlichkeit!)

- Das mag dahingestellt bleiben; erschöpfend war es für viele auf jeden Fall.

Ich habe mit Gemeinsamkeiten begonnen, und ich stelle hier fest: In dem Bereich der Wohnungspolitik gibt es eindeutig Alternativen, und das ist nicht schlimm. Aus meiner Sicht ist schlimm, daß diese Alternativen von Ihnen nicht deutlich gemacht, sondern vorsätzlich verschleiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Nach meiner Auffassung ist der Frieden im Bereich des Wohnens in diesem von Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen bedrängten Land deshalb gesichert, weil wir dank der Landesregierungen seit Karl Arnold - die längste Zeit bis heute unter freidemokratischen Innenministern, die für Wohnungsbau verantwortlich waren - mit 1,5 Millionen einen außerordentlich hohen Bestand an sozialen Mietwohnungen haben.

(D)

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Eigenheime wären mir lieber!)

Die allermeisten davon sind in einer Preislage, die, kombiniert mit dem Wohngeld, für die, für die sie gebaut wurden, erschwinglich ist. Es ist das Hauptziel der Wohnungspolitik der Landesregierung, diesen Bestand an Wohnungen zu erhalten, deren Mieten gesichert sind, in denen das Wohnrecht gesichert ist und in denen es auch soziale Fürsorge gibt.

Im Augenblick befinden wir uns durch die teilweise selbst verschuldeten Schwierigkeiten eines großen Wohnungsbauunternehmens, der Neuen Heimat, hier in einer kritischen Situation, und in dieser Situation ist es das Ziel der Landesregierung, diese Wohnungen mit ihren Bindungen zu erhalten,

(Beifall bei der SPD)



(Minister Dr. Zöpel)

(A) und dafür tut sie das denkbar Mögliche.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin bereit, mich hierüber jeder grundsätzlichen Auseinandersetzung zu stellen.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das müssen Sie auch!)

- Ich tue das gern, Herr Kollege Rohde. Sie machen das auch gern; alles klar.

(Dr. Pohl (CDU): Aber darüber waren wir uns doch einig!)

- Nur führen wir darüber zur Zeit gar keine Debatte.

(Dr. Pohl (CDU): Ja eben!)

Beispielsweise hat Herr Kollege Biedenkopf seine Auffassung, daß man die sozialen Bindungen lockern soll, in einem Buch niedergelegt.

(Dr. Pohl (CDU): Er wird ja noch denken dürfen!)

- Ich bin nicht dagegen. Ich sage: Hier gibt es Alternativen.

Herr Kollege Kuhl schreibt mir einen Brief und sagt, ich solle nun endlich die Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf aufheben.

(B) (Frau Decking (CDU): Wenn Sie es nicht tun, machen es die Gerichte!)

- Ja, eben. Frau Kollegin Decking hat eben ähnliches verlangt.

(Jaeger (CDU): Das wird Zeit!)

Ich finde dies alles politisch legitim und Ausdruck der politischen Position, daß Sie glauben, auch die Wohnungsprobleme der sozial Schwächeren würden besser gelöst, wenn die Bindungen gelockert werden.

Nur: Vor dieser Position, die in der fundiertesten Form Herr Biedenkopf aufgeschrieben hat, die die F.D.P. nie leugnet - und sie ist ja legitim; darüber können wir ja streiten -, ist der Protest darüber, daß die Neue Heimat Wohnungen verkauft und dabei in Kauf nimmt, daß die Bindungen fallen, unehrlich. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es sehr deutlich sagen: Aus der Sicht der Wohnungspolitik dieser Landesregierung ist es fatal - -

Präsident Denzer: Herr Minister - -

(C)

(Minister Dr. Zöpel: Darf ich den Satz zu Ende bringen?)

- Aber selbstverständlich!

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: - - ist es fatal, daß die Neue Heimat gezwungen sein könnte, unter Verlust der Bindungen zu verkaufen. Aus einer Position, die - politisch möglich - für den Abbau von Bindungen ist, handelt die Neue Heimat eigentlich entsprechend den wohnungspolitischen Vorstellungen von F.D.P. und CDU. Das ist die Wahrheit, und das wollen Sie nicht zugeben.

Präsident Denzer: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde?

(Minister Dr. Zöpel: Ja, selbstverständlich.)

- Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Minister Zöpel, da ich natürlich auch Ihre Auffassung für legitim halte: Wie beurteilen Sie denn dann in diesem Zusammenhang den § 571 BGB, daß Kaufmiete nicht bricht?

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Kollege Rohde, Sie wissen, daß ein Erwerber, der nicht den Bestimmungen der Gemeinnützigkeit unterliegt, die Mittel zurückzahlen kann, und dann erlöschen die Bindungen, im Augenblick - weil die meisten Städte des Landes Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf sind - in ihrer ganzen Breite erst nach acht Jahren. Sie kämpfen von Ihrer Position aus dafür, daß die Bindungen eher erlöschen können. Da liegt das Problem, und von daher kann ich nur sagen: Sie können doch nicht sagen, die derzeit von Ihnen bekämpfte Position auf diesem Gebiet, daß nämlich die Bindungen teilweise sogar noch lange da sind, rechtfertigte Nichtstun, wo Sie doch eigentlich alles daran setzen - politisch legitim -, die Bindungen eher fallen zu lassen. Hier liegt die Doppelzüngigkeit Ihrer Politik, wenn ich das so sagen darf.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Ansonsten beurteile ich alle Rechtspositionen so, wie ich es entweder selber verstehe oder wie meine Fachleute das aufschreiben.

(A) Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl?

(Minister Dr. Zöpel: Selbstverständlich!)

- Herr Dr. Pohl, Sie haben das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister Zöpel, darf ich Sie einmal fragen: Hatten wir uns nicht in der gemeinsamen Sitzung des Städtebauausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses dahin geeinigt, daß wir die wechselseitigen Vorwürfe über mögliche Bindungslockerungen zu Lasten der Mieter nun einmal hintenan lassen wollten, und hatten Sie nicht statt dessen sogar zugesagt, durch Ihr Haus einmal darzustellen, wie sich die Bindungswirkungen denn nun tatsächlich verhalten, gleichgültig, ob ein Haus verkauft oder nicht verkauft wird, daß da bestimmte Auswirkungen sind, und daß wir das Ganze nun endlich einmal ohne Polemik vor die Klammer ziehen? Hatten wir uns nicht darauf geeinigt, Herr Minister Zöpel? Aber von Ihrer Vorlage habe ich bis zur Stunde noch nichts gesehen, obwohl das jetzt schon drei Wochen her ist.

(Zuruf von der SPD: Da müssen Sie in den Ausschuß kommen. - Schauerte (CDU): Da werden die Antworten verweigert! - Gegenrufe von der SPD - Zurufe von der CDU zur SPD)

(B) Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Kollege Pohl, was die parlamentarischen Auseinandersetzungen, vor allem auch in den Ausschüssen, im Ergebnis auch für alle Interessierten so unerfreulich macht - ich darf das offen sagen -, ist, daß Sie unablässig in Formfragen, Stilfragen und ähnliches ausweichen, daß es Ihnen sichtlich peinlich ist, wenn ich - bar jeder Polemik - Ihnen Ihre politische Position als legitim konzediere und nur darstelle, daß Ihre politische Position Ihre Beurteilung der Neuen Heimat nicht zuläßt. Das möchten Sie nicht diskutieren, und so flüchten Sie immer wieder in Formalien.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich werde Ihnen - wie zugesagt, Herr Kollege Pohl - auch zur Verbreitung an die Mieter eine Aufstellung machen, wie bei der derzeitigen Rechtslage die Auswirkungen sind, wenn ein nicht gemeinnütziger Erwerber erwirbt. Aber ich werde hinzuschreiben: Falls in Bonn Gesetze nach den Vorstellungen von CDU und F.D.P. geändert werden, dann wird es gefährlicher. Das wäre richtig; denn Sie nehmen ja an, daß Sie diese Gesetze demnächst verwirklichen können. Das wäre Ehr-

lichkeit. Es gibt durch die Darstellung dessen, daß bestimmte Schutzrechte noch eine Zeitlang erhalten bleiben, für die Mieter doch keine Sicherheit, vor allem angesichts dessen nicht, daß Sie mit Ihrer legitimen wohnungspolitischen Position diese Schutzrechte noch verschlechtern wollen. Das ist der eigentliche Kern der Auseinandersetzung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Und jetzt sage ich als zweites: Weil Sie diese grundsätzliche Argumentation scheuen, deshalb flüchten Sie sich in diese Formalien, und weil ich an der Wohnungspolitik des Landes festhalte, den Bestand preisgünstiger Sozialwohnungen zu erhalten, weil ich das, was mit der Neuen Heimat passiert, für eine schwere Krise halte, nütze ich alle legalen Möglichkeiten, die der staatlichen Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, um zu verhindern, daß es zu weiteren Massenverkäufen von Wohnungen der Neuen Heimat an nicht gemeinnützige Erwerber kommt. Das habe ich in der vergangenen Woche getan, und darüber verhandeln wir weiter. Wie wir das tun wollen, habe ich mehrfach den Ausschüssen in einer Ausführlichkeit berichtet, die - um es wieder nett zu sagen - schon erschöpfend war, zumindest für den Befragten.

(Beifall bei der SPD)

Was mich aber ab dem heutigen Tag schon zu verwundern beginnt, ist, daß man nicht mehr über die Sache redet, sondern daß eine Landesregierung nicht einmal mehr bis zu Ende handeln kann und schon verdächtigt wird, sie habe hier nicht mehr korrekt gehandelt.

(Schultz (SPD): Das ist doch Absicht!)

Dies beginnt für mich einen Stil zu haben, der nicht mehr inhaltliche politische Auseinandersetzung ist, an der mir liegt, sondern wo es im Kern darum geht, die Regierung daran zu hindern, entsprechend ihrer öffentlich zur Diskussion gestellten Politik zu handeln. Und das kaschiert man dann mit unablässigen Formaldebatten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Minister, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl?

(Minister Dr. Zöpel: Selbstverständlich.)

(C)

(D)

(Präsident Denzer)

- (A) Ich würde aber in diesem Zusammenhang auch bitten, ungeachtet der Beantwortung dieser Frage zum Schluß Ihrer Ausführungen zu kommen.

(Minister Dr. Zöpel: Ich erlaube die Zwischenfrage und danke für die Geduld.)

Herr Abg. Dr. Pohl!

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, abgesehen davon, daß ich noch einmal wiederhole, daß wir uns nicht in Formalien flüchten wollten, als wir im Ausschuß für die CDU feststellten, daß im Mittelpunkt unserer ganzen politischen Betrachtungsweise der Mieter und sein Schutz stünde - das habe ich unwidersprochen für die Fraktion dort ausgeführt - ,

(Zuruf von der SPD: Ja, Sie! - Weitere Zurufe von der SPD)

darf ich Sie, Herr Minister, einmal fragen: Sie sagen, Sie hätten die Ausschüsse unablässig unterrichtet. Würden Sie mir zugeben, daß ich Sie in dieser Ausschußsitzung für meine Fraktion gebeten hatte, vor jedem Engagement mit Landesmitteln, mittelbar oder unmittelbar in Richtung Neue Heimat, die Ausschüsse zu unterrichten und dann erst zu handeln? Und darf ich Sie fragen, ob Sie wirklich vor diesem Hohen Hause erklären wollen, das hätten Sie getan, nachdem wir Sie erst am Dienstag daran erinnern mußten und Sie es dann heute endlich getan haben?

(B)

Präsident Denzer: Die nächste Zusatzfrage an den Minister, die ich zulassen werde, wird kürzer sein, egal, wer sie stellt. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Falls Sie gestatten, gleich noch einmal eine weitere Frage des Herrn Abg. Dr. Schaumann.

(Minister Zöpel: Selbstverständlich, Herr Präsident!)

- Herr Kollege Schaumann, der Einfachheit halber sollten Sie Ihre Frage sofort stellen.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Minister, würden Sie mir bitte erläutern, wie es sich mit dem Legalitätsprinzip, das Sie eben gerade genannt haben, verträgt, daß Sie erst, nachdem Sie eine Handlung vollzogen haben, die haushaltsrechtlichen Grundlagen dafür schaffen wollen?

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Ich darf, wenn mir die Fragesteller das nicht verübeln, die beiden Fragen in etwa zusammenfassend beantworten.

Ich habe von mir aus laufend in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen alles Mitteilenswerte mitgeteilt. So habe ich - das kann man im Protokoll nachlesen - auf Ihre Bitte reagiert. Lesen Sie bitte das Protokoll. Ich habe Ihnen gesagt: Ich müßte Sie schon vor Haushaltsentscheidungen informieren, und sonst teile ich Ihnen laufend alles Mitteilenswerte mit. Ich habe die Konditionen, unter denen sich Geschäfte abwickeln könnten, bereits in der vorigen Woche in der Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen ausführlich mitgeteilt.

(C)

Das Geschäft als solches, das formal die LEG und nicht die Landesregierung abgeschlossen hat, war wegen der Umstände - die ich heute im Ausschuß erklärt habe - ein vorher nicht mittelbares.

Nun zu der damit zusammenhängenden Frage von Ihnen, Herr Kollege Dr. Schaumann. Eine Regierung ist berechtigt, zu handeln und Verträge zu schließen, die anschließend Haushaltskonsequenzen haben. Sie tut dies immer unter dem Risiko, daß das Parlament ihr nicht folgt. Deshalb ist die endgültige Wirksamkeit dieser Vereinbarung, soweit sie zwei Dinge enthält, nämlich erstens die 15 Jahre lang gezahlten Aufwendungsdarlehen der WFA - dazu brauchen wir einen Haushaltsvermerk - und zweitens eine bestimmte Kredittransaktion von der Westdeutschen Landesbank über die WFA zum Erwerber - diese benötigt die Zustimmung des Verwaltungsrates der WFA - bis dahin nicht gegeben. Aber eine Landesregierung muß so handeln und sich nachher um die Zustimmung bemühen, und darum bemühen wir uns zur Zeit. Insoweit bin ich dieses Risiko eingegangen. Ich bin dieses Risiko bewußt eingegangen, weil es mein Ziel war, weitere Verkäufe von Wohnungen der Neuen Heimat an Spekulanten zu verhindern.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in dieser Angelegenheit - und darum ist es mir heute gegangen - zum Schluß kommen. Ich hätte die Bitte: Lassen Sie uns dieses Problem diskutieren unter den wohnungsbaupolitischen Prinzipien, die wir haben. Kritisieren Sie diese, schauen Sie durchaus auch, ob die Regierung richtig handelt. Fehler machen wir - unstrittig - alle einmal.

Ich werde - und ich hoffe, ich bekomme viel Unterstützung - dazu beitragen, daß dieses Problem da wegkommt, wo Sie es hinhaben wollen, nämlich von der Ebene, wo Sie von jemandem Moral fordern, die nicht den Zielen

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) entspricht, die Sie selber haben. Sie fordern aus moralischen Gründen vom DGB eine Wohnungspolitik,

(Hardt (CDU): Sie sanieren! - Zustimmung bei der SPD)

die Sie mit politischen Mitteln abschaffen wollen. Das ist das, was Sie hier tun. Das muß man deutlich sagen! Ich habe den Eindruck, daß das mehr und mehr Menschen merken. Deshalb - ich habe Hoffnung und Zuversicht, daß ich die haushaltsrechtliche Zustimmung bekomme - wird es uns gelingen, die Nöte der Mieter in Wohnungen der Neuen Heimat im Laufe dieses Jahres zu beenden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Es liegt zur Zeit noch eine Wortmeldung vor. Ich erteile Herrn Abg. Doppmeier für die Fraktion der CDU das Wort.

Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar kurze Bemerkungen zu zwei Bereichen machen. Erstens: Der für den Städtebau und das Wohnungswesen zuständige Minister der Landesregierung hat auf die Wohnungsbau-förderungsmittel des Bundes hingewiesen. Ich rufe in Erinnerung, daß der Ministerpräsident unseres Landes im Rundfunkinterview am 26. September 1985 der Bundesregierung und insbesondere dem Bundeskanzler vorgeworfen hat, keine beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu ergreifen. Wenn ich mit diesem hohen Anspruch antrete, bin ich verpflichtet, selbst dafür zu sorgen, daß in diesem Bereich mehr geschieht, mindestens dasselbe geschieht wie in den zurückliegenden Jahren.

(Henning (SPD): Das ist gelogen!)

Im übrigen rufe ich in Erinnerung, daß die Bauausgaben der Länder, insbesondere der CDU- bzw. CSU-geführten Länder wie beispielsweise Bayern, dreimal so hoch sind wie die von Nordrhein-Westfalen, obwohl Nordrhein-Westfalen viel bevölkerungsreicher ist. Ich rufe in Erinnerung, daß die Bundesregierung für den Baubereich - wenn man den Straßenbaubereich einbezieht - sehr viel getan hat, so daß dieser Vorwurf nicht berechtigt ist.

(Aigner (SPD): Die wissen nicht, wovon sie reden!)

Nun zur Neuen Heimat. Meine Damen und Herren, vom zuständigen Minister der Landesregierung hätte ich - wie auch vom Ministerpräsidenten unseres Landes - erwartet, daß

er einmal den Mut gehabt hätte, das zu sagen, was DGB - Mitglieder selber sagen, nämlich daß die Gewerkschaften - die Eigentümer der Neuen Heimat - hier vor allem gefordert sind, notwendige Mittel bereitzustellen, damit die Schwierigkeiten der Neuen Heimat behoben werden. Dieses hätte Ihnen gut angestanden.

(Zuruf von der SPD: Sie wollen doch gar nicht der Neuen Heimat helfen! - Aigner (SPD): AEG, Arbed Saarstahl! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dieses steht uns allen gut an. Man muß auch folgendes sehen. Erinnern wir uns an Anfang der 70er Jahre. Da haben die Jungsozialisten, die 1969 auf dem Bundeskongreß den starken Linksruck einleiteten - Herr Dammeyer, Sie waren damals auch dabei -, auf dem Bundeskongreß und danach die Kommunalisierung von Grund und Boden gefordert, meine Damen und Herren. Und just zur selben Zeit war es die Neue Heimat, die sich als der größte Bodenspekulant in der Bundesrepublik Deutschland betätigte. Wir wissen, daß genau diese Dinge die eigentlichen Probleme der Neuen Heimat in finanzieller Hinsicht sind.

(Schmidt (SPD): Ach so!)

Meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, daß wir auch in den zuständigen Fachausschüssen einmal ganz sachlich hätten besprechen können, wie die Probleme in diesem Bereich gelöst werden können.

(Hunger (SPD): Dann reden Sie mal mit Herrn Späth! - Zurufe von der SPD)

Denn, Herr Kollege Hunger, wir müssen hier auch sehen: Mit der Entscheidung vom vergangenen Montag sind Präzedenzfälle geschaffen worden,

(Fortgesetzte lebhafte Zurufe von der SPD)

die, meine Damen und Herren, für das Land noch beträchtliche finanzielle Konsequenzen haben können.

(Dr. Dammeyer (SPD): Da können Sie den Bayern mal einen schönen Gruß sagen!)

Meine Damen und Herren, Minister Zöpel hat in der Aktuellen Stunde am 14. November selbst auf das geltende Mietrecht hingewiesen, und ich hätte mir gewünscht, wenn er in diesem Zusammenhang eben auch an den damit verbundenen starken Mieterschutz erinnert hätte.

(Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

(Doppmeier (CDU))

- (A) Zu den Stilfragen, meine Damen und Herren, muß sich der zuständige Landesminister an seine eigenen Einlassungen vom 14. November erinnern lassen. Wer als Minister so redet, wie er es am 14. November getan hat, sollte sich sehr genau überlegen, ob er sich über Stilfragen anderer überhaupt beschweren kann.

(Zuruf von der SPD: Sie sind ja ein leuchtendes Beispiel! - Aigner (SPD): Kommen Sie doch langsam zum Ende!)

- Meine Damen und Herren, Ihre Erregung kann ich verstehen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Nehmen Sie bitte auch die Appelle ernst, die wir gestern von der IG Bau, Steine, Erden bekommen haben, die daran erinnert haben, daß es notwendig ist, daß verstärkt Mittel beschäftigungswirksam für den Baubereich bereitgestellt werden.

Nehmen Sie bitte auch die Appelle des Betriebsrates der Neuen Heimat ernst, mit dem unsere Fraktion unter der Führung unseres Fraktionsvorsitzenden am Dienstag vor Karneval ein wichtiges Gespräch geführt hat.

(Lachen bei der SPD)

- (B) - Herr Kollege Jentsch, wir werden dem Betriebsrat das Protokoll zur Verfügung stellen. Da steht dann drin: Lachen bei der SPD. Der Betriebsrat hatte in großer Sorge die Probleme dargelegt und will genau das nicht, was jetzt die Landesregierung tut.

Der Landesregierung muß der Vorwurf gemacht werden, hier vorschnell gehandelt zu haben, ohne sich von der Neuen Heimat ein Sanierungskonzept vorlegen zu lassen, ohne selbst ein eigenes umfassendes Konzept zu haben, ohne auf dem DGB hingewirkt zu haben, seinerseits das Notwendige zu tun. Denn auch in dieser Frage gilt: Eigentum verpflichtet! Diesem Spruch kann sich auch der DGB nicht entziehen.

Meine Damen und Herren,

(Zurufe von der SPD: Aufhören!)

Sie müssen das, was Sie jetzt entschieden haben, verantworten. Ich fürchte, diese Entscheidung im Alleingang wird Ihnen und möglicherweise uns allen noch große Probleme bereiten. Das ist die Sorge, die wir haben, und deshalb haben wir davor gewarnt, und deshalb haben wir immer wieder darum gebeten: Bevor etwas entschieden wird, muß es im

parlamentarischen Bereich ausführlich erörtert werden! (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Doppmeier, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rohe?

(Zustimmung von Abg. Doppmeier (CDU))

Rohe (SPD): Herr Kollege Doppmeier, ich wollte von Ihnen nur einmal wissen, was eigentlich Ihre CDU-Aufsichtsratsmitglieder in der Neuen Heimat in den einzelnen Regionen zu diesen Ihren Aussagen meinen!

Doppmeier (CDU): Herr Rohe, ich erweitere Ihre Frage noch! Es ist bemerkenswert festzustellen, daß die Neue Heimat, Gruppe Baden-Württemberg, diese Vermietungsprobleme nicht hat, wie sie sie in Nordrhein-Westfalen hat.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Büssow für die SPD-Fraktion das Wort.

Büssow (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde Sie mit dem Thema gar nicht lange aufhalten. Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem 1 100 Wohnungen der Neuen Heimat an die Landesentwicklungsgesellschaft übergegangen sind. Deswegen meine ich, auch im Interesse der Wähler und der Menschen, die da wohnen, ein Wort an dieser Stelle sagen zu dürfen. (D)

Ich will Ihnen sagen: Die formalisierte Argumentation seitens der F.D.P. und seitens der CDU, die hier geführt wird, ist weiß Gott pharisäerhaft.

(Zustimmung bei der SPD)

Als bekannt wurde, daß die Neue Heimat in finanziellen Schwierigkeiten war, als die Neue Heimat teilweise Wohnungen veräußert hatte - ich spreche jetzt von Düsseldorf, aber Sie können sich von Ihren lokalen Parteiorganisationen auch nicht distanzieren oder trennen; die gehören zu Ihnen -, sprachen Sie von einer unmenschlichen Politik der Neuen Heimat gegenüber den Mietern, die Mieter ins Unglück zu stürzen, und Sie warfen dies auch den Sozialdemokraten vor, weil wir eine Nähe zu den Gewerkschaften haben. Das war Ihr Vorwurf, und da hat sich eine unheilige Koalition bzw. eine perfekte Koalition in Düsseldorf zwischen der Union, den Grünen

(Büssow (SPD))

- (A) und der F.D.P. aufgetan. Das können Sie in den Lokalzeitungen nachlesen. Und in dem Augenblick, als bekannt wurde, daß die Landesentwicklungsgesellschaft die Wohnungen aufkaufte, das heißt den Mietern zu einem dauerhaften Sozialschutz für die sozialen Wohnungen verhalf, da waren die Mieter Ihnen nicht mehr wichtig, sondern da kamen Sie mit formaljuristischen Fragestellungen. Ich weiß nicht: § 532 BGB war das, ja? - Genau! Aber die Mieter waren Ihnen schnuppe egal gewesen. Die Menschen, die da leben, haben Sozialberechtigungsscheine, das will ich Ihnen sagen! Das sind normale oder mittlere oder kleinere Einkommen, und die interessieren Sie überhaupt nicht. Ich habe den Eindruck, Sie vertreten hier die Interessen von Abschreibungsgesellschaften!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Büssow,

(Büssow (SPD): Nein, überhaupt nicht!)

erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Büssow (SPD): Nein, lasse ich nicht zu!)

- Herr Büssow, ich habe Sie nicht verstanden: ja oder nein?

- (B) Büssow (SPD): Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu! - Ich will Ihnen sagen, wieso der Wechsel in Bonn so nötig ist: damit die Spekulation mit Sozialwohnungen in dieser Republik nicht mehr nötig ist, mit der Abschreibungsgesellschaften hier Gewinne auf dem Rücken und mit den Ängsten kleiner Leute in dieser Gesellschaft machen können!

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Ich will Ihnen eines sagen, Herr Dr. Linszen!

(Zuruf von der CDU: Dautzenberg!)

Ich will Ihnen sagen: Diese Politik, die Sie machen - ich habe das gestern gesagt; das ist übrigens nicht zum Lachen -, breitet Kälte aus. Kälte strahlt Ihre Politik aus, und das schreckt die Menschen ab!

Ich möchte hier zu dieser Stunde dieser Regierung und Minister Zöpel danken, daß er das für die Menschen und die Mieter, die in den Wohnungen wohnen, getan hat, nicht für irgendeine Firma, nicht für irgendeine Gesellschaft!

(Beifall bei der SPD)

Das nennen wir nämlich die Politik: versöhnen statt zu spalten, was Sie hier betreiben. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse nun abstimmen und zwar über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 10/812 bis 10/815.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 10/812 zu Kap. 11 040 Tit. 883 40 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Antrag Drucksache 10/813 zu Kap. 11 500 Tit. 653 30 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit der gleichen Mehrheit abgelehnt!

Änderungsantrag Drucksache 10/814 zu Kap. 11 500 Tit. 883 12! Wer stimmt diesem Antrag zu? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Schließlich der Antrag Drucksache 10/815 zu Kap. 11 500 Tit. 883 13! Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt. (D)

Wer dem Entwurf des Einzelplans 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/731 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entwurf des Einzelplans 11 ist in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/733 und eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Beratung geschlossen.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 - Landesrechnungshof - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/733 zustimmen möchte, den bitte ich um